

heerenden Auswirkungen in unseren Körperterritorien. Leben zu erhalten wird immer schwieriger. Frauen und Mädchen auf dem Land und in marginalisierten Stadtvierteln sind gezwungen, immer mehr zu arbeiten, sei es, weil es schwieriger wird, Trinkwasser zu besorgen, sei es, weil per Hand gewaschen werden muss, um Strom zu sparen, sei es, weil mehr Zeit für die Pflege von Familienangehörigen aufgewendet werden muss, weil die öffentliche Gesundheitsversorgung zu schlecht ist, sei es, weil sie sich um diejenigen kümmern, die ihre prekäre oder gesundheitsgefährdende Arbeit, etwa in den Minen oder der industriellen Landwirtschaft, krank gemacht hat.

Fürsorge zu fühlen-denken heißt anzuerkennen, dass ein Wandel des kapitalistischen, kolonialen, patriarchalen Systems nur aus dem vielfältigen lokalen und gemeinschaftlichen Widerstand kommen kann. Kollektive Aktionen im Kampf um Wasser, Saatgut und Territorien oder das Knüpfen von Beziehungsnetzwerken sind Beispiele für ein Konzept von Care, das sich als Netzwerk des Lebens versteht. In dem Sinne ist das Stärken unserer gemeinschaftlichen Strukturen ein wesentlicher Pfeiler im Widerstand gegen den Neoliberalismus und den Individualismus. Indem wir Fürsorge gemeinschaftlich organisieren, sprengen wir die unterdrückende und ausbeuterische Ordnung. Unsere Aktionen müssen also eine klare Positionierung haben: antipatriarchal, antikapitalistisch, antirassistisch, kollektiv und von unten.

Das heißt aber auch, dass wir Fürsorge nicht romantisieren dürfen. In unseren Gruppen und Kollektiven müssen wir eine Diskussion darüber führen, dass Sorgearbeit nicht nur zu Hause stattfindet und wir auch in unseren Gemeinschaften Ungleichheiten reproduzieren, indem wir Frauen „weibliche“ Rollen und Aufgaben zuweisen wie Koordination, Motivation, Verwaltung, Logistik, Versorgung, Planung. Auch in unseren Basisorganisationen gibt es Arbeitsteilung nach Geschlechtern, und in der Regel werden die weiblichen Arbeiten nicht gesehen und nicht wertgeschätzt. Auch hier reproduzieren sich patriarchale Strukturen.

Unsere Kämpfe sollten wir in ihren vielfachen Verknüpfungen verstehen. Sie gehören alle zusammen, die Kämpfe um Care und den Erhalt des Lebens, die Anerkennung von denjenigen, die unsere materiellen Lebensbedingungen verteidigen, die Kämpfe um Land, Wasser, Luft und Nahrungsmittel. Wir sollten jeden Kampf unterstützen, der die strukturelle Gewalt gegen die Körperterritorien der Frauen beenden will. Schlussendlich geht es darum, Fürsorge nicht nur als individuelles Problem zu verstehen, sondern als gemeinsame Situation zu fühlen-denken, die wir vor allem in unseren als weiblich markierten Körpern erleben. Lasst uns eine Verbindung zwischen den Körpern jeder einzelnen von uns herstellen, als erstes Territorium, das es zu verteidigen gilt, und die Autonomie der Territorien einfordern, in denen diese Körper leben. ■

In dem Netzwerk „Care Revolution“ haben sich über 80 Gruppen und Personen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengeschlossen, die in der sozialen Reproduktion – Hausarbeit, Gesundheit, Pflege, Assistenz, Erziehung, Bildung und Sexarbeit – aktiv sind. Mit ihren Forderungen kämpfen sie gegen die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zu Überforderung und Zeitmangel führen. Langfristig strebt das Netzwerk neue Modelle von Sorgebeziehungen sowie eine Care-Ökonomie an, die nicht Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt, die außerdem Sorgearbeiten und Care-Ressourcen nicht nach rassistischen, geschlechtlichen oder klassistischen Strukturierungen verteilt.

Sie sprechen von einer „Krise sozialer Reproduktion“. Was verstehen Sie darunter?

Derzeit haben immer mehr Menschen mit Existenznot, Überlastung und Erschöpfung zu kämpfen. Insbesondere Frauen wissen häufig nicht mehr, wie sie die hohen Flexibilitätsanforderungen der Lohnarbeit mit den familiären Sorgearbeiten verbinden sollen. Dies ist kein individuelles Scheitern, sondern Folge eines strukturellen Problems, der Krise sozialer Reproduktion.

Diese Krise lässt sich wie folgt beschreiben: Unternehmen benötigen möglichst viele kompetente und motivierte Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen, um ihre Profite zu maximieren. Deswegen versuchen sie, alle erwerbsfähigen Personen einzubinden, insbesondere auch Frauen. Das Problem: Die für Unternehmen notwendige Arbeitskraft ist auf den lebendigen Menschen angewiesen, der geboren, ernährt, versorgt, gebildet, unterstützt werden muss. Diese Sorgearbeit findet insbesondere in Familien statt und wird überproportional von Frauen ausgeführt. Wenn nun alle Personen aber möglichst in Vollzeit erwerbstätig sein sollen, da sie nur so ihren Lebensunterhalt sichern können, gibt es nicht mehr genug Zeit für diese Sorgearbeit. Weil gleichzeitig die soziale Infrastruktur möglichst kostengünstig realisiert werden soll, werden auch Unterstützungsstrukturen in den Care-Bereichen Bildung, Erziehung, Pflege und Gesundheit nicht angemessen bereitgestellt.

Dieser Widerspruch, einerseits die Lohnkosten für Arbeitskräfte möglichst gering halten zu wollen und andererseits viele angemessen qualifizierte und flexible Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, ist dem Kapitalismus immanent, spitzt sich aber derzeit im Neoliberalismus zu. In dem Moment, wo dieser Widerspruch beginnt, auch die Möglichkeiten der Kapitalverwertung wegen der ungenügenden quantitativen und qualitativen Verfügbarkeit der Arbeitskräfte einzuschränken, spreche ich von einer Krise sozialer Reproduktion.

Die neoliberale Politik stellt also nicht nur die Lebensgrundlage vieler Menschen infrage, sondern löst auch die Verwertungs-

Das Ziel: Eine solidarische Gesellschaft mit Sorgebeziehungen im Zentrum

Interview mit Gabriele Winker vom „Netzwerk Care Revolution“

probleme des Kapitals nicht. In der Folge spitzen sich die sozialen Auseinandersetzungen um die Daseinsvorsorge zu.

Die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ analysierte, dass es eine Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist, reproduktive Arbeit (damals vornehmlich Hausarbeit) nicht zu entlohnen. Die Forderung einer Entlohnung dieser Arbeit eröffnete für Sie deshalb eine revolutionäre Perspektive. Wie verhält sich Ihre Diagnose einer Krise sozialer Reproduktion zu dieser Analyse?

In meiner Analyse knüpfe ich direkt an die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ an. Auch ich gehe zunächst mit Karl Marx davon aus, dass der Wert der Arbeitskraft ebenso wie der jeder anderen Ware durch die gesellschaftlich im Durchschnitt notwendige Lohnarbeitszeit für deren Produktion beziehungsweise Reproduktion bestimmt wird. In diesen Wert fließen nicht nur die Kosten für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft der Lohnarbeitenden ein, sondern auch die Reproduktionskosten für eine neue Generation.

Notwendig für die Reproduktion der Arbeitskraft ist allerdings auch die unentlohnte Sorgearbeit, die Marx nicht wahrgenommen hat und die die Bewegung „Lohn für Hausarbeit“ in den Blick nahm. Denn für die Kapitalverwertung, für die Möglichkeit, sich Profite anzueignen, ist die unentlohnte Sorgearbeit notwendig. Ohne Sorgearbeit kann keine Reproduktion der Arbeitskraft stattfinden und sie muss zum großen Teil auch unentlohnt ausgeführt werden, da ansonsten die Reproduktionskosten steigen und die Profite entsprechend sinken. Das Ausmaß der Reproduktionsarbeit beeinflusst so die durchschnittlichen Reproduktionskosten und damit den Wert der Arbeitskraft. Denn je mehr Reproduktionsarbeit unentlohnt neben der Lohnarbeit geleistet wird, desto geringer wird der Wert der Arbeitskraft, also der durchschnitt-



lich zu zahlende Lohn. Oder andersherum ausgedrückt: Je mehr die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit beispielsweise mittels haushaltsnaher Dienstleistungen ausgeführt wird, desto höher müssen die Löhne sein, damit Lohnarbeitende diese Dienstleistungen kaufen können. Damit nimmt bei ansonsten gleichen Bedingungen der Mehrwert ab.

Sie beschreiben in „Care Revolution“ die Entwicklung von „Familienernährern und Hausfrauen zu Arbeitskraftmanager*innen“. Wie würden Sie das Verhältnis von Lohnarbeit und unentlohnter Sorgearbeit heute beschreiben?



Gabriele Winker

Das fordistische Modell mit der Hausfrau und dem Pendant des männlichen Familienernährers ist Geschichte. Denn die verhältnismäßig hohen Löhne und die hohen Sozialversicherungsleistungen, die für die Absicherung einer ganzen Familie über einen Lohnarbeiter abgedeckt werden mussten, wurden für die Kapitaleseite zu teuer, zumal in Zeiten von weltweiten Konkurrenzkämpfen auf globalisierten Märkten. Inzwischen hat sich nun das neoliberale Konzept durchgesetzt, das lautet: Jede erwerbsfähige Person, unabhängig von der Anzahl der zu versorgenden Kinder oder zu betreuenden Angehörigen, ist für das eigene Einkommen verantwortlich. Entsprechend steigt die Erwerbstätigenquote von Frauen immer weiter an. Gleichzeitig sanken die Reallöhne vor allem in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts deutlich. Zugleich haben die Anforderungen in beiden Arbeitsbereichen zugenommen. Auf der einen Seite gibt es extrem flexibilisierte Erwerbsarbeitszeiten, auf der anderen Seite steigen die Anforderungen an die Kindererziehung. Sorge-



sich
die
geforderten
versuchen,

arbeitende stehen somit vor dem beinahe unlösba- ren Problem, dass ein gro- ßes Ausmaß von Sorgearbeit und die geforderte jahrzehntelange Vollzeiterwerbsarbeit zur finanziel- len Absicherung des eigenen Lebens gegenseitig ausschließen. Personen, trotz all dieser Schwierigkeiten den Anforderungen gerecht zu wer- beschreiben Tanja Carstensen

und ich als Arbeitskraftmanager*innen. Diese sorgen selbstverantwortlich dafür, die eigenen beruflichen Fähigkeiten zu optimieren und gleichzeitig die familiären Sorgearbeiten so zu gestalten, dass sie mit den beruflichen Anforderungen vereinbar sind. Dazu ist ein umfassendes Management des Einsatzes der eigenen Arbeitskraft erforder- lich. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist, was viele als das „gute Leben“ bezeichnen: Zeit für Selbstsorge, Zeit, damit Sorgebeziehungen gelingen, Zeit aber auch für Muße. Die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen, durchaus auch ein Erfolg der zweiten Frauenbewegung, führt unter den darge- stellten Rahmenbedingungen also häufig zu Überbelastung und Erschöpfung.

Die LfH-Kampagne forderte „Lohn für Hausarbeit vom Staat“. Ist das heute noch eine sinnvolle Forderung? Oder bringen die neueren Entwicklungen im Bereich der Care-Arbeit andere politische Perspektiven mit sich?

Der „Lohn für Hausarbeit“ war nicht das eigentliche Ziel, son- dern Teil eines Kampfes, der die unentlohnte Sorgearbeit als Arbeit sichtbar machen wollte. Die Kampagne hat deutlich gemacht, dass der Einzug von Frauen in die Lohnarbeit ih- re Situation nicht verbessert, solange für sie die unentlohn- te Sorgearbeit als „zweite Schicht“ weiter fortbesteht. Das ist eine Argumentation, die historisch enorm wichtig war und auch heute große Bedeutung hat.

Allerdings geht es auch heute nicht darum, für einen Lohn für Hausarbeit zu kämpfen und damit auch noch die fami- liäre Sorgearbeit zu ökonomisieren und dem Lohndiktat zu unterwerfen. Schließlich wollen wir, da sehe ich mich verbunden mit vielen Feminist*innen, nicht weiter in den Kapitalismus hinein, sondern aus ihm heraus.

Deswegen verfolgen wir mit der Transformationsstrategie der Care Revolution eine Politik, die nicht von Profitmaximierung, sondern von menschlichen Bedürfnissen ausgeht und die Grenzen nicht-menschlicher Ressourcen respektiert. Dabei stehen für mich vier Ansatzpunkte im Zentrum, mit de- nen sich eine solidarische Care-Ökonomie aufbauen lässt. Erstens ist dafür eine drastische Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit auf zunächst 30 Wochenstunden erforder- lich. Denn mit einer solchen sogenannten kurzen Vollzeit lässt sich mehr Zeit für Sorge, Muße und politisches Engagement

gewinnen. Auch wird es so vorstellbar, dass in der Zukunft alle Arbeit direkt an den menschlichen Bedürfnissen ausge- richtet wird.

Gleichzeitig lassen sich zweitens mit dem Um- und Ausbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur finanzielle Notlagen und Armut beseitigen sowie Menschen mit um- fangreichen Sorgearbeiten oder mit hohem Sorgebedarf gute Lebensbedingungen ermöglichen. Dafür benöti- gen wir als individuelle Absicherung ein bedingungsloses Grundeinkommen und als kollektive Absicherung eine öf- fentliche Infrastruktur, die allen offensteht und die zugleich ökologisch nachhaltig gestaltet ist.

Schon jetzt ist es drittens notwendig, demokratische Beteili- gung bei der Ausgestaltung der Infrastruktur durchzuset- zen. Darüber hinaus ist letztlich deren Vergesellschaftung auf die Tagesordnung zu setzen. Alle Betriebe und Einrichtungen, die keine umfassende Beteiligung von Beschäftigten und Nutzer*innen erlauben, gehören in die Hände der Allgemeinheit. Deswegen haben viertens auch Commons wie Polikliniken, Nachbarschaftszentren, al- ternative Wohnprojekte oder Betriebe der solidarischen Landwirtschaft eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung und sollten finanziell unterstützt werden. Denn sie machen heute bereits deutlich, dass neue Spielräume ent- stehen, wenn die Entscheidungsmacht nicht mehr bei den Eigentümer*innen liegt und auch die unentlohnte Sorgearbeit gemeinschaftlich organisiert wird.

Die hier dargestellte politische Agenda erfordert eine konkre- te Utopie, also die Vorstellung von einer zukünftigen solida- rischen Gesellschaft. In dieser spielen Sorgebeziehungen ei- ne zentrale Rolle und in ihr ist die Trennung von entlohnter und unentlohnter Arbeit aufgehoben. In einer solchen solida- rischen Gesellschaft haben alle Menschen freien Zugang zu dem, was in arbeitsteiliger Praxis geschaffen wird, und al- le tragen in einem selbstgewählten Umfang zur notwendi- gen Arbeit bei. Alle können somit ihre Bedürfnisse befriedi- gen, umfassend, ohne jemanden auszuschließen und nicht auf dem Rücken anderer, bei gleichzeitiger Respektierung der Ökosysteme und des Lebensraums nicht-menschlicher Lebewesen. Das ist das Ziel einer Care Revolution.

Inwiefern befruchten die Debatten im globalen Süden, vor allem in einigen latein- amerikanischen Ländern mit ihren Konzepten für Nationale Care-Systeme (wie in Uruguay), die Debatte hierzulande?

Das Netzwerk Care Revolution ist recht beindruckt, wie konse- quent fe- ministische Netzwerke in einigen Ländern der lateinamerikanischen Region Care auf die öf- fentliche Agenda setzen. Care Revolution Freiburg hat





Demokratie im Bett, im Haus, auf der Arbeit, in der Gewerkschaft". Demo zum 8. März 2020 in Medellín

sich im Februar 2019 in einer Videokonferenz mit Red de Cuidados en México ausgetauscht. Dabei hat uns imponiert, wie konsequent dieses Netzwerk in Mexico-City gerade auch auf städtischer Ebene dafür eintritt, Recht auf Care zu einem Thema der öffentlichen Debatte zu machen. Das hat uns inspiriert, noch deutlicher als bisher darauf zu dringen, dass Care auch als kommunales Thema wahrgenommen und institutionalisiert wird. Deswegen setzen wir uns beispielsweise in Freiburg dafür ein, einen Care-Rat, der anderthalb Jahre ausschließlich innerhalb der sozialen Bewegungsgruppen getagt hat, noch in diesem Frühjahr insofern neu aufzustellen, dass Care-Initiativen in Zukunft verstärkt mit der Fraktion „Stadt für alle“, und damit linken und feministischen Gemeinderät*innen, zusammenarbeiten.

Über diesen Kontakt nach Mexiko haben wir auch vom ersten lateinamerikanischen Care-Kongress „Miradas Latinoamericanas al Cuidado“ im November 2018 in Montevideo erfahren.¹ Der Tagungsort ist kein Zufall. Seit 2015 hat Uruguay damit begonnen, sogenannte öffentliche Care-Systeme einzuführen, mit denen ein abgestimmtes Angebot von Care-Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur aufgebaut werden soll. Diese Vernetzung macht uns Mut, die begonnene Zusammenarbeit mit österreichischen und schweizerischen Care-Initiativen weiter voranzutreiben. Denn auch in Europa geht es darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen

Menschen ohne Existenzangst gelingende Sorgebeziehungen verwirklichen und gemeinschaftlich orientierte Lebensweisen wie beispielsweise in Commons erproben können.

Für uns ist es inhaltlich sehr inspirierend, dass die lateinamerikanischen Care-Aktivist*innen mit ihrer politischen Herangehensweise alles daransetzen, die tiefen sozialen Ungleichheiten zu überwinden. Damit positionieren sie Care nicht nur im Kontext von Geschlechterungleichheiten. Dies bestärkt uns in einer breiten intersektionalen Herangehensweise, die wir seit Beginn vertreten, deren Umsetzung uns in der Praxis allerdings häufig noch zu wenig gelingt. Nicht zuletzt deswegen starten wir derzeit die Kampagne „Platz für Sorge“, mit der wir für Existenzabsicherung, Erwerbsarbeitszeitverkürzung, umfassende Care-Infrastruktur inklusive verbesserter Arbeitsbedingungen für Care-Beschäftigte sowie umfassende Demokratisierung dieser Einrichtungen eintreten. Wir wollen in möglichst breiten Bündnissen vor Ort auch Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung, Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder Alleinerziehende in der Öffentlichkeit zu Wort kommen lassen. So fühlen wir uns von den lateinamerikanischen Mitstreiter*innen bestärkt, dass wir ausgehend von Care um eine ganz andere, solidarische Gesellschaft zu kämpfen haben, in der nicht weiter die Orientierung an Profit und Konkurrenz, sondern an Bedürfnissen und Solidarität im Zentrum steht. ■

1) siehe auch: <https://care-revolution.org/aktuelles/care-in-uruguay/>